Nr. 91a. XXXIII. Jahrgang

Parlaments-Ausgabe

Berlin, 20. Februar 1904

Berliner Tageblatt

Haus der Abgeordneten.

23. Sitzung vom 19. Februar, 11 Uhr.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Abg. Dr. **v. Woyna** (freik.):

Die Herren von der Linken haben sich hier als Gesetzgeber erster Klasse aufgespielt. Aber sie scheinen doch ihren Beruf vollkommen verfehlt zu haben. Das zeigt doch, daß sie in dem Reichstage bei dem nach ihrer Ansicht idealsten Wahlrecht auch ihre Rolle ausgespielt haben. Ich verstehe es aber trotzdem nicht, wenn Sie immer noch die Ansicht vertreten, die Sozialdemokraten müßten hier im Hause vertreten sein. Ich glaube, dann würden Sie noch mehr zurückstreten. Ich freue mich, nach dieser scharfen Einleitung feststellen zu können, daß auch Sie (links) für eine gute Vorbildung der Handwerker eintreten. Ich halte aber weiter für erforderlich, daß gewerbliche Fachschulen errichtet werden, damit wir einen tüchtigen Stand von Kleinmeistern schaffen. Ich möchte zum Schluß aber den Minister bitten, für eine systematische und organische Ausbildung der technischen Winterschulen einzutreten. (Beifall rechts.)

Handelsminister **Möller**:

Ich bin durchaus nicht abgeneigt, für die Errichtung von technischen Winterschulen einzutreten. Ich hoffe, daß wir in zwei Jahren eine Reihe von technischen Winterschulen errichten können.

Abg. Dr. **Wiemer** (fr. Vp.):

Wir sind keineswegs die besten Freunde der Sozialdemokratie, wie Herr v. Woyna meint. Es wurde allerdings der Gerechtigkeit entsprechen, wenn auch die Sozialdemokraten hier vertreten wären. Selbst Ihr Fraktionsgenosse Freiherr v. Zedlitz hat im „Tag" sich dahin ausgesprochen, daß hier im Hause Sozialdemokraten sitzen müßten.

Abg. **Trimborn** (Ctr.):

Von allen Parteien hat das Centrum am besten dem Ansturm der Sozialdemokratie widerstanden. Das ist doch der beste Beweis dafür, daß der Weg, den wir mit unserer Sozialpolitik gegangen sind, der richtige ist. Wir wissen sehr wohl, daß es ebenso notwendig ist, die Arbeitnehmer von der Gefährlichkeit der Sozialdemokratie zu überzeugen wie auch die Arbeitgeber von der Notwendigkeit einer gesunden, stetig fortschreitenden Sozialpolitik. Diese letztere Aufgabe ist besonders schwierig, schwerer als die erste. Ich möchte heute die Aufmerksamkeit des Handelsministeriums auf die bedauerliche Erscheinung des Aerztestreiks lenken. (Redner geht ausführlich auf den Kölner Aerztestreik ein.) Schließlich ist durch das Eingreifen des Regierungspräsidenten der Abschluß eines neuen Vertrages zwischen Aerzten und Krankenkassen ermöglicht worden. Die Gegensätze glimmen aber unter der Asche fort. Die Bevölkerung fragt sich: wer war im Recht? Es wäre vielleicht richtiger gewesen, der Regierungspräsident hätte früher eingegriffen. Ich möchte aber doch den Herrn Handelsminister fragen, welcher Einfluß den Behörden überhaupt zukommt, wie die Regierung über die Frage der freien Arztwahl denkt.

Handelsminister **Möller**:

Meine Verwaltung ist der Meinung, daß es besser gewesen wäre, wenn die sehr bestrittene Frage, die der Herr Vorredner angeregt hat, bei der letzten Novelle zum Krankenversicherungsgesetz verhandelt worden wäre. Die verbündeten Regierungen haben aber bei der damaligen Beratung alle strittigen Punkte ausgeschlossen, um den Arbeitern so bald wie möglich die Vorteile dieses Gesetzes zugänglich zu machen. Ganz gegen meinen Wunsch kam man zu dem Beschluß, daß man die Vorlage in der beschränkten Form vorlegte und später zur Verabschiedung brachte. Ich halte es mit dem Vorredner durchaus für erwünscht, daß die Aerztefrage geregelt wird. Den Kernpunkt bildet die Frage der freien Arztwahl. Ich habe als Abgeordneter stets die freie Arztwahl vertreten, stimme also dem Herrn Vorredner im wesentlichen bei. Ueberall aber wird es nicht möglich sein, die freie Arztwahl durchzuführen, vor allen Dingen bei Berufskrankheiten. Was den Kölner Aerztestreik anbelangt, so verkenne ich nicht, daß bei der ganzen Aktion schwere Fehler gemacht worden sind. Die Aerzte haben drei Monate vor dem ersten Januar gekündigt, es war also ausreichend Zeit da, um eine Verständigung anzubahnen. Diese ist aber damals nicht zu stande gekommen. Jetzt beschuldigt jede Partei die andere. Man hat nun behauptet, die Regierung hätte früher einschreiten müssen. Mit Zustimmung des Kultusministers werde ich einen Erlaß an die Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten richten, daß der unbedingte Anspruch der Krankenkassenmitglieder auf ärztliche Behandlung zur wirksamen Anerkennung gelangt. In diesem Erlaß werde ich bestimmen, daß die Aufsichtsbehörde einzuschreiten hat, wenn die Krankenkassen nicht nachweisen, daß für genügende ärztliche Behandlung gesorgt ist. Die Ursache der Streitigkeiten liegt aber darin, daß man den Wunsch der Aerzte nicht erfüllt hat bei der letzten Novelle zum Krankenkassengesetz. Die Herren, die das Gesetz beschlossen haben, tragen hieran die Schuld. Die ganze Frage ist weniger eine Frage der Kassenvorstände, als vielmehr eine Frage der Kassenrendanten. Wenn es auf Wahrheit beruht, daß die Rendanten zum Teil ein Gehalt von 10,000 und 17,000 Mark beziehen, werde ich Veranlassung nehmen, einzuschreiten. Der Kölner Vorfall hat gezeigt, welch großes Vertrauen die Regierungspräsidenten gehabt haben. Was die Handwerkerfrage angeht, so hoffe ich, daß die Erörterung hier im Hause eine Klärung herbeiführen wird. Ich hoffe, im nächsten Jahre Kommissare nach Frankreich schicken zu können, die die Handwerkerfrage dort prüfen.

Abg. Dr. **Arendt** (freik.):

Ich spreche dem Herrn Minister den Dank meiner Freunde für seine Erklärung aus und für den Erlaß, den er in der Krankenkassenfrage an die Oberpräsidenten richten wird. Aus der Erklärung des Herrn Ministers klang heraus, daß er mit seiner Ansicht über die Aerztefrage anscheinend isoliert steht. Meine Freunde haben im vorigen Jahre den Kotau vor der Sozialdemokratie nicht gemacht; sie waren für eine Regelung der Aerztefrage in der neuesten Novelle. Das Centrum selbst hat die Novelle ja angenommen, es trägt also die Verantwortung für den heutigen Zustand. Ich glaube, die Aerztefrage hat eine größere Bedeutung, als man ihr zuerkannt. Es ist eine Wunde bloßgelegt, die zu lange verdeckt war. Die Herrschaft, die die Sozialdemokratie in den Krankenkassen erreicht hat, bildet die Wurzel des Uebels. Ich kann dem Herrn Minister nur zustimmen, wenn er eine Aenderung in der Organisation eintreten läßt. Der Abg. Fräßdorf erklärte im Reichstag, die Krankenkassen seien an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen; an der Grenze ihrer Leistungen sind sie jedoch nicht angekommen. Ich möchte aber den Minister bitten, dafür zu sorgen, daß die Arbeitgeber die Hälfte der Beiträge zahlen. Der Abg. Trimborn betonte, der beste Beweis für die Richtigkeit der Politik des Centrums sei, daß das Centrum ungeschwächt aus den Reichstagswahlen hervorgegangen sei. Das ist nicht richtig. Nirgends ist die Sozialdemokratie so angewachsen wie in den katholischen Bezirken. Was soll also dieses Lob für die eigene Partei? Wir wollen eine einheitliche Phalanx gegen die Sozialdemokratie bilden. Lassen wir also diese Plänkeleien! Dem Herrn Minister möchte ich aber das volle Vertrauen meiner Freunde aussprechen. Wir hoffen, daß er in der Aerztefrage seine Anschauung taktvoll vertreten und zur Durchführung bringen wird. (Beifall rechts.)

Abg. **Felisch** (kons.):

Ich bin nicht der Ansicht, daß der Freisinn die Vorfrucht der Sozialdemokratie ist. Aber es gibt tatsächlich sehr wenig Unterscheidungsmerkmale zwischen Ihnen (links) und den Sozialdemokraten. In der Handwerkerfrage werden wir uns nie mit Ihnen einigen. Folgen Sie uns, dann werden Sie die Handwerker hinter sich haben!

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Freiherr **v. Zedlitz** (freik., persönlich):

Herr Dr. Wiemer hat eine journalistische Aeußerung von mir citiert, aus der hervorgehen soll, daß ich wünsche, die Sozialdemokratie wäre hier im Hause vertreten. Das ist ein arges Mißverständnis. Ich bin im Gegenteil der Ansicht, daß die Freisinnigen sich ein Verdienst erworben haben dadurch, daß sie die Sozialdemokraten von dem Landtage fern hielten. Ich habe im „Tag" nur ein Gespräch wiedergegeben, in dem ich sagte: Donnerwetter, wie langweilig ist die Sache jetzt im Landtag! Die Linke hat keinen Schneid! Wie schlecht ist sie geistig und sonst überhaupt im Landtage vertreten! (Heiterkeit.)

Abg. **Brömel** (fr. Vg.):

Der Herr Abgeordnete fühlt sich durch meine Rede getroffen. Erwar im Unrecht und wurde grob.

Abg. Dr. **Wiemer** (fr. Vp.):

Dem Herrn Freiherrn v. Zedlitz möchte ich erwidern, daß ein ihm nahestehendes Organ nicht die Ansicht vertritt, daß die Linke im vorigen Landtag geistig schwach vertreten war.

Abg. **Hammer** (kons.):

Ich möchte meine Rede rechtfertigen. Der Abg. Brömel sprach gleich im Beginn seiner Rede von Mist und wieder von Mist. Darauf habe ich dann geantwortet. (Heiterkeit.)

Der Titel Ministergehalt wird bewilligt.

Ebenso eine Reihe von folgenden Titeln nach kurzen Bemerkungen des Abg. Arendt (freik.), der lokale Wünsche vorträgt.

Es folgt der Titel Staatskommissare an der Berliner Börse.

Abg. **Oeser** (fr. Vp.):

Ich möchte die Aufmerksamkeit des Hauses namens meiner Freunde auf die Vorgänge an der Berliner Börse aus Anlaß des russisch-japanischen Krieges lenken. Die Vorgänge haben erschreckend das bewiesen, was wir stets hier ausgeführt haben. Die Vorgänge erfüllen uns mit den schwersten Besorgnissen für die Zukunft. Deshalb ist es Zeit, daß wir die bessernde Hand an die Gesetzgebung legen. Die Kurzstürze am 8. und 9. Februar sind in der Presse ausführlich erörtert worden. Es hat sich eine Diskussion über die Ursachen erhoben. Man hat der Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie in der offiziösen Presse die Ansicht vertrat, als ob an einen Krieg nicht zu denken wäre. Die Regierung hat mithin in erheblichem Maße zur Verwirrung des Marktes beigetragen. Durch derartige Aeußerungen wird das Publikum der Selbstprüfung nicht entzogen. Wir müssen deshalb auf die inneren Ursachen, die in der Börsengesetzgebung und Besteuerung der Börsengeschäfte liegen, näher eingehen. In dem Verbot des Terminhandels, der hohen Besteuerung der Börsenumsätze liegt die Abschwächung der Berliner Börse. Nicht nur die Berliner Börse hat gelitten, sondern auch unsere mittleren Börsen. Die Folge des Verbots des Terminhandels sind die enormen Kursstürze um 10 und 20 Prozent, wie wir sie nie zur Zeit des Terminhandels gehabt haben. Das Verbot des Terminhandels hat nicht solide Verhältnisse auf dem Kassamarkte geschaffen. Eine wüste Spekulation ist durch das Verbot eingetreten, also gerade das, was man verhüten wollte. Unsere Börse kann nach der heutigen Gesetzgebung die volkswirtschaftlichen Aufgaben nicht mehr erfüllen, die sie erfüllen muß. Andere Staaten, die viel stärker beteiligt sind, an dem Ausgang des russisch-japanischen Krieges, haben nicht die Kursstürze erlebt wie wir. Deutschlands Neutralität stand ja von vornherein fest. Auch in früheren Kriegen, zum Beispiel im spanisch-amerikanischen Kriege, hat sich unsere Börse nicht so schwach gezeigt wie jetzt. Die Börsengesetzgebung hat auch das Bedauerliche gezeigt, daß die Bankiers in kleineren und mittleren Städten vor allen Dingen schwer geschädigt werden, während die Position der großen Banken gestärkt wurde. Das Verbot des Terminhandels war ein Experiment. Wir dürfen nicht zusehen, wie unsere Geldmärkte von Jahr zu Jahr schwächer werden. Es ist deshalb höchste Zeit, unsere Börsengesetzgebung zu bessern. Das Börsengesetz hat zu Entscheidungen geführt, die unsere Volksmoral auf das schwerste schädigen. Der Herr Handelsminister hat hier erklärt, er sei für eine Revision des Börsengesetzes, die er für durchaus notwendig halte. Der Zolltarif ist erledigt. Ich weiß nicht, was die Regierung hindert, jetzt in eine Revision einzutreten. Wir verlangen auch die Aufhebung des Terminhandels, die Abschaffung der Börsenregister. Bis in die Reihe der Freikonservativen ist der Gedanke gedrungen, daß die Börsengesetzgebung vollständig verfehlt ist. Für unsere nationale Selbständigkeit ist es notwendig, daß wir auch auf dem Kapitalmarkt unabhängig von dem Ausland sind. Ich frage den Herrn Minister, warum die Novelle nicht an den Reichstag gekommen ist. Ich möchte ihn dringend bitten, daß er seinen Einfluß geltend macht, daß, solange es noch möglich ist, der Börse geholfen wird. Das ist im Interesse unserer gesamten Volkswirtschaft unbedingt notwendig.

Handelsminister **Möller**:

Ich kann selbstverständlich an dieser Stelle nicht eingehen auf den Inhalt der Novelle zum Börsengesetz, die demnächst dem Reichstage zugehen wird. Aber darüber kann ich den Herrn Vorredner beruhigen: was in der Thronrede angekündigt ist, wird erfolgen, und ich glaube, es kann weder die verbündeten Regierungen noch mich persönlich einer Nachlässigkeit zeihen, daß die Vorlage noch nicht eingebracht ist. Denn wer die Verhandlungen im Reichstage verfolgt hat, wird mit mir anerkennen müssen, daß bei der Stimmung im Reichstage, bei dem Pflichtgefühl, tunlichst den Etat trotz aller Reden erledigen zu wollen, daß dabei kein Raum für eine Börsengesetzdebatte gewesen ist. Ich hoffe, in nicht allzu ferner Zeit darauf hinzuwirken, daß die Vorlage nunmehr an den Reichstag geht, da jetzt abzusehen ist, daß der Etat rascher erledigt werden wird. Eine Reparatur von Treu und Glauben wird in der Novelle angestrebt werden. Ich kann aber keine Aussicht machen, daß eine Erweiterung des Terminhandels zugelassen wird. Ich möchte die Herren von der Börse bitten, zu nehmen, was im Augenblicke zu haben ist. Will man zu viel erlangen, so geht oder man alles. Diese Gedanken haben auch mich bewogen, meine Zustimmung zur Novelle zu geben. Der Abg. Oeser hat einen Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung angegriffen, der verwirrende Nachrichten über die Kriegsaussichten in Ostasien in das Volk getragen habe. Wenn der Korrespondent der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung gut unterrichtet gewesen wäre, so würde es vermutlich der Kommandant von Port Arthur auch gewesen sein und hätte dafür gesorgt, daß die japanischen Torpedoboote ihn nicht überraschten. (Heiterkeit.)

Freiherr **v. Zedlitz** (freik.):

Ich kann heute hier nur meine eigene persönliche Meinung aussprechen, nicht die meiner Fraktion. Die letzten Vorgänge an der Börse haben gezeigt, daß unsere Börse einfach nicht funktionierte. Es ist ein Kurssturz eingetreten, ohne daß irgend welche Ursachen dazu vorhanden waren. Ein solcher unmotivierter Kurssturz ist etwas so Ernstes für unseren nationalen Wohlstand, daß wir alle Veranlassung haben, uns die Gründe, die dazu führten, klar zu machen. Es ist in diesen Tagen ein ungeheures nationales Vermögen verloren gegangen. Die völlige Ausscheidung jeder normalen Funktion der Börse ist eine Frage von allerernstester Bedeutung. Auch alle diejenigen, die der Börsengesetzgebung zugestimmt haben, haben Veranlassung, in eine eingehende Erörterung einzutreten, wie dies Gesetz gewirkt hat. Eine der größten Ursachen der Schwächung der Börse ist die Konzentration des Bankiergeschäfts. Bei uns haben die großen Banken eine Uebermacht an der Börse wie nirgends sonst in der Welt. Grundsätzlich stehe ich auf dem Boden des Börsengesetzes. Ich habe insbesondere auch die Ziele des Verbots des Terminhandels beim Erlaß des Börsengesetzes für vollkommen gerechtfertigt gehalten. Diese Ziele waren der Schutz des Privatpublikums gegen die Ausbeutung durch die Börse, die Entziehung der Industrie- und Montanaktien vom Terminhandel. Die Spekulation ist aber nicht eingeschränkt worden. Man glaubte, eine Warnungstafel aufzustellen, daß die Börse ein gefährliches Feld für die Privatspekulation sei. Das Privatpublikum hat aber diese Warnungstafel verkannt und als Wegweiser angesehen. In welchem Maße sich die Spekulation seit dem Verbote des Terminhandels in Montan- und Industriepapieren auf das Kassageschäft geworfen hat, lehrt die Tatsache, daß von 1896 bis 1900 der spekulative Verkehr in Montan- und Industrieowerten im Kassageschäft sich um das 200fache, also um 20.000 Prozent vermehrt hat. (Hört, hört! links.) Man hat also das Ziel, das man erreichen wollte, nicht erreicht, die Spekulation ist geblieben. Man hat sie nur auf das Kassageschäft gedrängt. Viele Papiere, in denen früher nicht spekuliert wurde, sind jetzt in die Spekulation einbezogen. Was man also mit dem Verbot des Terminhandels erreichen wollte, ist in keiner Weise erreicht worden. Es fragt sich: soll man das Verbot ohne weiteres aufheben, oder ist es möglich, an die Stelle des untauglichen Mittels ein taugliches zu setzen? Man muß aber verlangen, daß, wenn sich der Gesetzgeber geirrt hat, wenn es sich herausstellt, daß ein Mittel versagt hat, möglichst bald diese verfehlte Maßnahme wieder gutgemacht wird, bevor ein größerer Schade entsteht, und diesen Fehler sobald wie möglich durch die Aufhebung des Verbots des Terminhandels in Montan- und Industriepapieren beseitigt wird.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Sonnabend, den 20. Februar, Vormittags 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Schluß 4 Uhr 40 Min.

Deutscher Reichstag

37. Sitzung vom 19. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Krätke.

Präsident Graf **Ballestrem** eröffnet die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Etatsberatung, Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung, Titel Gehalt des Staatssekretärs.

Abg. **Zubeil** (soz.):

befürwortet die Errichtung einer Postanstalt in Johannistal bei Berlin, wo sich jetzt nur eine Postagentur in einem schlecht beleuchteten Wirtshause befindet, und bringt eine Reihe von Wünschen der Posthilfsboten zur Sprache.

Abg. **v. Gerlach** (fos. d. fr. Vg.):

Wir sind in den letzten Wochen soviele Beschwerden von Postbeamten zugegangen, daß ich eine Obstruktionsrede halten müßte, wollte ich sie alle zur Sprache bringen. Obstruktionsreden halte ich aber für bessere Zwecke zurück. (Zuruf.) Ich bin eben anderer Ansicht als Sie, Herr Erzberger! Die Beschwerden kommen aus zwei Kreisen, einmal aus der untersten Beamtenklasse, die 72 Mark Wohnungsgeld bekommt. Diese Leute sind vor allem im Osten, im äußersten Deutschland zu finden. (Zurufe rechts: Sie sind ja auch von dort her!) Ja, aber sind ich habe mich emanzipiert. (Zuruf rechts: Wir wollten Sie nicht haben.) Sie haben genug Anstrengungen gemacht, mich zu halten, aber vergeblich. Die 72 Mark Wohnungszuschuß sind 1873 ausgesetzt worden, seitdem haben sich aber die Verhältnisse ganz bedeutend geändert. Was die Unterbeamten aber besonders aufregt, ist der Umstand, daß die Steigerungsverhältnisse bei den oberen Beamten prozentual günstiger sind. Diese Ungleichheit müßte die Regierung aus der Welt schaffen. Die Unterbeamten haben das Gefühl, daß die Interessen der höheren, gut bezahlten Beamten der Verwaltung näher liegen als die der schlecht bezahlten Beamten. Der zweite Beschwerdepunkt betrifft die Entschädigung für den Nachtdienst. Hier sind wir alle einig, von Herrn Dröscher bis Herrn Singer über Herrn Gröbers Haupt hinweg. Nur der Herr Staatssekretär befindet sich in einer „Isolation", von der er selbst nicht behaupten wird, daß sie splendid ist. Warum gibt man keine besondere Entschädigung? Viel Unwillen hervorgerufen hat die Besetzung der gehobenen Stellen. Man glaubt in den beteiligten Kreisen, es werde nach Gunst verfahren. Diese Anfälle, dieses Gefühl der Beamten sollte die Verwaltung nicht unterschätzen oder gar übersehen. Die Besetzung scheint mir recht planlos vorgenommen zu werden. Ueber die Dienstzeit könnte man unendlich lange reden. Wir werden bei dem Spezialtitel Gelegenheit dazu finden. Ich habe das Material vom hiesigen Briefpostamt C 2, dem größten Postamt des Reiches. Die Minimaldienstzeit von 60 Stunden habe ich in den Dienststundentabellen überhaupt nicht gefunden; die Dienstzeit umfaßt 62½, 63¾, 64, 65 Stunden u. s. w. Gerade die Postbeamten dieses Amtes können wegen der Mietshöhe nicht bei dem Amte wohnen. In anderen Staaten können die Beamten den Weg zur Wohnung und zum Amte umsonst mit der Straßenbahn zurücklegen. Warum können wir in Preußen nicht, was in Bayern möglich ist? „Preußen in Deutschland voran!" ist ein schönes Wort für eine Festrede. Aber in der Verwaltung ist nichts davon zu finden. Nun zu dem sogenannten Koalitionsrecht der Postunterbeamten! Der Staatssekretär erklärte, für ihn sei diese Frage erledigt, weil Herr Singer als mein Fürsprecher aufgetreten sei; ich hatte das Gefühl, Herr Singer sei als Ankläger der Regierung aufgetreten. Wenn Graf Limburg-Stirum in einer Versammlung der Postbeamten die Vorteile der Getreidezollerhöhungen auseinandersetzen wollte, und die Versammlung verboten würde, so würde Abg. Singer — so unparteiisch ist er auch — hier die staatsbürgerlichen Rechte der Beamten vertreten. Mit den Sozialdemokraten kann man nur noch Redakteure der Kreisblätter gruselig machen. Herr Krätke möge sich den Grafen Posadowsky zum Vorbild nehmen, der nimmt das Gute, wo er es bekommt. Die Versammlung, die ich in Berlin abgehalten habe, ist von einem Berliner liberalen Blatt als „demagogisch" bezeichnet worden. (Gemeint ist die „Freisinnige Zeitung".) Auf dieses Urteil darf sich Herr Krätke nicht berufen, denn dieses Blatt bringt Tag für Tag Angriff auf Angriff gegen mich, sodaß ich eine Statistik angelegt habe, die ergibt, daß das Blatt täglich 1¼ bis 1⅓ Angriffe gegen mich schleudert. Vor der Hamburger Versammlung fand ein Telephongespräch zwischen dem Postdirektor und der hiesigen Centralverwaltung statt. Das Ergebnis war das Verbot an die Beamten, meine Versammlungen zu besuchen. Der Erlaß der Postbehörde war ein Verbot, wenn es auch der äußeren Form nach das nicht zu sein schien; denn man weiß, was er heißt, wenn die vorgesetzte Behörde einen „Wunsch" ausspricht. Infolgedessen war meine Versammlung nur von wenigen Beamten besucht. Einige waren freilich doch da, sogar einige höhere Beamte. Für dieses Verbot müssen wohl

schwere Gründe vorliegen. Von solchen Gründen habe ich bisher aber nichts gehört. Der Staatssekretär schreibt mir den Satz zu: „Eure Vorgesetzten taugen nichts." Ist ihm das mitgeteilt worden als ein wörtlich oder dem Sinne nach in meiner Rede enthaltener Ausdruck, so ist er gröblich hinters Licht geführt worden. Ich habe vom Wohnungszuschuß, vom Erholungsurlaub, vom Koalitionsrecht u. s. w. gesprochen, aber die vorgesetzte Behörde nicht angegriffen. Angegriffen habe ich nur die Politik des Vorgängers des jetzigen Staatssekretärs. Ich habe zum Beispiel erklärt, ich sei überzeugt, daß Herr Kräfte seinen Unterbeamten einen höheren Wohnungszuschuß gönnt, daß aber der Schatzsekretär kein Geld herausgibt. Ich habe auch gesagt, ich hätte das Vertrauen zum Staatssekretär, daß er in jeder Weise für seine Beamten sorge. Der Staatssekretär möge mir doch einmal Vernunftgründe aufführen für das Verbot des Zusammenschlusses der Unterbeamtenvereine zu einem Verbande. Der bayerische Verband zählt 7500 Mitglieder. Warum sollen wir in Preußen nicht auch können, was Süddeutschland kann? Das ganze Haus von rechts bis links hat sich für den Verband erklärt. Auch hier steht der Staatssekretär vereinzelt da. Er wirft sich in die Brust und sagt zu den Beamten: Seht her, was ich tue! Ich erhöhe jetzt das Gehalt der Landbriefträger von 700 auf 800 Mark. Ich bin gerade kein unzufriedenes Gemüt, aber diese Summen können mir nicht sehr imponieren. Für die Wünsche der Unterbeamten treten ja auch höhere Beamte ein, zum Beispiel der kaiserliche Eisenbahndirektor de Terra. Die Beamten selbst sollten sich um diese Dinge kümmern, dann wäre es nicht nötig, daß die Politiker in die Vereine hineingehen. Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, müssen wir kämpfen; wir kämpfen aber für den Frieden, für den Frieden zwischen Beamten und Verwaltung. (Beifall links.)

Staatssekretär **Krätke:**

Ich will dem Vorredner darin folgen, daß ich den Eisenbahndirektor de Terra citiere. Dieser Herr hat auch gesagt, die Postbeamtenvereinigungen haben ihre Aufgabe darin zu erblicken, die Begehrlichkeit zu schüren (Hört, hört! rechts), und ihre Ziele mit allen Mitteln durchzusetzen. (Hört, hört! rechts.) Das hätte der Abg. v. Gerlach verlesen sollen, dann würde er mit mir dahin kommen, daß Postbeamtenvereinigungen nicht begründet werden dürfen, um die Autorität der Verwaltung zu untergraben, wie es der Herr Abg. v. Gerlach heute auch getan hat. (Sehr richtig! rechts.) Der Herr Abg. v. Gerlach hat in Hamburg sogar gesagt: Der Staatssekretär wird es nicht wagen, jetzt irgend etwas zu unternehmen, solange der Reichstag zusammen ist. (Hört, hört! rechts.) Wenn der Herr Abg. v. Gerlach derartig den Chef der Verwaltung der Feigheit und Unehrlichkeit zeihen will, ist das nicht ein Untergraben der Autorität? (Rufe links: Nein!) Wenn das kein Untergraben der Autorität ist, dann liegen unsere Begriffe soweit auseinander, daß ich mich mit Ihnen nicht darüber unterhalten kann. (Lebhafter Beifall rechts.) Frühere Postbeamte geben ein Blatt heraus, das aufreizend wirkt. (Zuruf links:) Wir wollen den Unterbeamten gern Freiheit geben, aber wir können es nicht, solange die Unterbeamten aufgereizt und zur Begehrlichkeit angestachelt werden. (Beifall rechts.) Im „Postboten" vom 26. Juli v. J. befindet sich ein Aufsatz über das Koalitionsrecht, worin es heißt: „Der Herr Vorgesetzte untersteht nicht der Kontrolle seiner nachgeordneten Beamten, und obwohl auch ihm von oben her vorgeschrieben ist, zu welchen Dienststunden er seine Geschäfte wahrzunehmen hat, — — er kann doch kommen und gehen, wie es ihm gerade beliebt." An anderer Stelle wird gesagt: „Man soll sich an eine Kontrolle von unten gewöhnen, dann wünden sich die Zustände bessern. Vorgesetzte und Untergebene würden sich bald an den Gedanken gegenseitiger Selbstständigkeit gewöhnen, und die Disziplin würde nur gefährdet, wenn der eine oder der andere seine Pflicht verletzt." Meine Herren! Das ist die Auflösung unserer ganzen Zustände. (Sehr richtig! rechts.) Das findet den Beifall der linken Seite vollständig, und deshalb habe ich gestern mit vollem Bewußtsein gesagt, daß die Rede und das Auftreten des Herrn v. Gerlach keine Kommentars bedürfen, ihre „Harmlosigkeit" geht daraus hervor, daß der Abg. Singer Veranlassung nahm, ihn zu verteidigen. Ich billige nicht nur das Verhalten des Postdirektors in Hamburg, sondern ich habe sogar darauf hingewirkt, nicht aus Furcht, sondern um die Beamten vor diesen Einflüsterungen zu bewahren, die zu einem Einschreiten führen müssen. Wir erlassen keine geheimen Verordnungen, alles geschieht offen. Wir haben einen Beamten entlassen, weil er in einer Versammlung auftrat und erklärte: „Ich mußte zu Mittag ein Schmalzbrot essen; ich habe mich deshalb geschämt, daß mich die Verwaltung nicht besser bezahlte, und bin deshalb in eine Nebenstraße gegangen, damit mich niemand sah." Man mag über die Bezahlung denken, wie man will, jedenfalls braucht sich ihrer die Verwaltung nicht zu schämen, denn sie entspricht der Bezahlung in anderen Verwaltungen. Wenn Sie nur einmal die Hunderte von Bittschriften entlassener Beamter lesen könnten, die dringend um Wideranstellung nachsuchen (Hört, hört! rechts) und erklären, sie seien verführt worden! Da kann doch die Bezahlung nicht so jämmerlich sein. (Sehr richtig! rechts.) Es handelt sich ja um junge Leute von 20 Jahren. Die können mit dem Heiraten warten, bis sie 28, 29 Jahre alt sind und dann ein Gehalt von 900 Mark nebst Wohnungsgeldzuschuß haben. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß sich auch Männer in hoher Stellung oft Mittags mit einer Stulle begnügen müssen. Herr v. Gerlach sagte, ich befände mich in einer glänzenden Isolierung; ich bin zufrieden, mich nicht in seiner Gesellschaft zu befinden. (Heiterkeit.) Ein Koalitionsrecht haben die Beamten nicht, das haben die Arbeiter. (Zurufe links: Die Beamten haben aber Vereins- und Versammlungsrecht!) Nur insoweit, als es mit dem Dienst zu vereinbaren ist; es darf nicht vorkommen, daß, wie wir es erlebt haben, der Vorsitzende eines Vereins an die Verwaltung schreibt, er wolle wissen, weshalb der und der Beamte bestraft sei; wenn er nicht bald auf diese Anfrage Antwort erhalte, dann müsse er einschreiten. Insoweit derartige Bestrebungen gefördert werden, müssen wir also das Vereins- und Versammlungsrecht der Beamten einschränken. Das ist unser Standpunkt, auf dem wir stehen und stehen bleiben. (Beifall.)

Abg. **Viell** (fr. Vp.)

bedauert, daß der Staatssekretär über den Stand der Verhandlungen in Betreff der Postkonvention mit Holland keine Erklärungen gegeben habe, und fordert sodann Einführung der württembergischen Postanweisungskuverts. Redner hält die Vorschriften über Drucksachen für zu kompliziert; es wäre das Richtige, zu gestatten, daß fünf Worte geschrieben werden dürften, auch wenn diese sich auf den Inhalt bezögen. Weiter müsse er eine Forderung unterstützen, die früher der Abgeordnete Oertel gestellt habe, mehr Vororte in den Stadtverkehr einzubeziehen. Er freue sich, daß wenigstens Steglitz jetzt einbezogen werden soll. Endlich bitte er auch, die Sammelbriefe an die Agenten als Drucksachen zuzulassen.

Staatssekretär **Krätke:**

Wir sind bemüht, die Berliner Vororte mehr in den Stadtbezirk einzubeziehen. Vielleicht läßt sich Südende sofort einbeziehen. Was die Sammelbriefe an Agenten und Vertreter betrifft, so ist es uns zweifelhaft, ob wir die billigen Portosätze aufrecht erhalten können, wenn diese Vergünstigung so ausgenutzt wird. Die Anweisungskuverts haben wir im norddeutschen Bunde gehabt, es hat sich aber gezeigt, daß die Postanweisungskarte einfacher und besser ist. Wir haben eingesehen, daß dies das einzig richtige Verkehrsmittel ist. Ich glaube, auch die württembergische Verwaltung würde glücklich sein, wenn sie die Anweisungskuverts los wäre. Für uns müssen doch in erster Linie die Betriebsrücksichten maßgebend sein. Deshalb glaube ich, die Einführung der Kuverts nicht in Aussicht stellen zu können. Der Abg. Singer hat behauptet, daß einem Kriegerverein das Porto geschenkt worden sei. Davon kann garnicht die Rede sein, daß die Kriegervereine Portofreiheit hätten, sondern das Porto ist in dem vom Abg. Singer erwähnten Fall bezahlt worden. Es ist nur eine Unregelmäßigkeit vorgekommen, indem seine Marken aufgeklebt sind. (Abg. **Singer:** So!) Jawohl, das Geld liegt in der Kasse. Der Anregung des Abg. Dröscher, auf die Meister zurückzugreifen, werden wir Folge geben, soweit nicht eine allgemeine Subskription ausgeschrieben wird. Ich bin auch nach der deutsch-niederländischen Postunion befragt worden. Ich könnte darauf nur das wiederholen, was bereits bekannt ist. Wir müssen die Weiterentwickelung abwarten. In der niederländischen Kammer hat ja der vorige Reformentwurf darauf hinwiesen, daß wir erst die Verhandlungen des nächsten Kongresses in Rom, der im nächsten Jahre stattfinden soll, abwarten müssen. Ich gehe dann auf einige gestern ausgesprochene Wünsche noch ein. Der Abg. Eichhoff sagte: Die Postverwaltung hätte nicht das Recht, für jedes Paket eine Postpaketadresse zu verlangen. Es könnten vielmehr drei Pakete auf eine Postpaketadresse verschickt werden. Ich verweise ihn darauf, daß nach § 12 Ziffer 5 der Postordnung uns das Recht zusteht, an Einzelnen vorübergehend die Forderung zu stellen, daß für jedes Paket eine besondere Paketadresse da ist. Denselben Abgeordneten gegenüber stelle ich fest, daß ein grundsätzlicher Ausschluß der Pakete von den Schnellzügen nicht erfolgt. Das würde gegen das Eisenbahnpostgesetz von 1875 verstoßen. Wohl aber kann es vorkommen, daß die Eisenbahnverwaltung aus besonderen Gründen die Paketbeförderung bei einzelnen Zügen ausschließt. Die Handelskammer in Mühlhausen hat empfohlen, in Massenladungen die Güter zu expedieren. Ich würde eine Prämie dafür aussetzen, wenn es jemandem gelänge, eine Erfindung zu machen, mit der eine Massenverladung möglich ist. Mit der Herabsetzung der Telephongebühren müssen wir sehr vorsichtig verfahren. Die Einnahmen aus den Telephongebühren sind durchaus noch nicht glänzend. Eine Verbilligung der Drucksachenbeförderung wird sich ebenso jetzt noch nicht durchführen lassen. Wir werden jetzt mit Drucksachen geradezu überschwemmt. Ich habe ein anderes, viel größeres Ziel vor Augen und möchte deshalb bitten, von einer Verbilligung des Drucksachenportos Abstand zu nehmen.

Abg. **Röser** (Ctr.):

Unsere Resolution über die Statistik ist sehr wichtig, da die Beamten über Dienstverhältnisse keine Mitteilung machen dürfen. Es ist den Postbeamten jetzt auch das Petitionsrecht geradezu genommen worden. Weiter fordern wir in einer Resolution, daß die Sonntagsruhe auch auf diejenigen Feiertage ausgedehnt werde, welche von der Mehrheit der Bevölkerung gefeiert werden. Diese Resolution enthält nur eine Forderung, welche durchaus der Billigkeit entspricht. Leider wird auch am ersten Oster- oder ersten Pfingstfeiertage jetzt die Sonntagsruhe den Beamten beschränkt, weil die Unsitte, Glückwunschkarten zu versenden, sich auch auf diese Feste ausgedehnt hat, und die Postbehörde diese Karten nicht schon am Sonnabend vorher bestellt, sondern erst am Festtage selbst. (Hört, hört!) Große Unzufriedenheit rufen in Köln die „gehobenen Stellen" hervor; es ist ganz klar, daß Gunst und Gesinnungstüchtigkeit bei der Besetzung vielfach entscheiden. Ich halte es für das Beste, diese Art Stellen aufzuheben und dafür eine Erhöhung der Unterbeamtengehälter durchzuführen. Es gibt kaum einen Dienst, der so aufreibend ist wie der der Briefträger, und wie gering ist das Gehalt! Die Postagenten und Postverwalter klagen sehr, daß sie auch Sonntags von 5 bis 6 Uhr Nachmittags Dienst haben, sie meinen, daß dieser Dienst von der Bahn mitgetan werden könnte. Wie stellt sich der Staatssekretär dazu? Ich freue mich, hier zum Schluß noch feststellen zu können, daß in allen Schreiben, die aus Beamtenkreisen an mich gelangt sind, das vollste Vertrauen zu dem Staatssekretär zum Ausdruck kommt. Darüber freue ich mich, früher war das nicht der Fall. (Beifall.)

Staatsminister **Krätke:**

Ueber die letzten Worte des Vorredners freue ich mich. Die Beamten können versichert sein, daß ich Ihre Interessen energisch wahrnehme. Die Forderung, den Postagenten die Stunde von 5 bis 6 Uhr Nachmittags Sonntags freizugeben, wird sich erfüllen lassen, wo eine Bahnstation vorhanden ist. Wir halten es aber nach wie vor für zweckmäßig, daß es dem Publikum möglich gemacht wird, Sonntags Uhren bis von 5—6 Telegramme aufzugeben. Die Bewegung gegen die „gehobenen" Stellen halte ich dagegen für nicht gesund. Die Beamten klagen doch sonst immer darüber, daß es ihnen unmöglich gemacht werde, vorwärts zu kommen durch eigene Tüchtigkeit; jetzt wird ihnen in den gehobenen Stellen die Möglichkeit geboten, nun wollen sie dieselbe wieder beseitigen. Man tut den Amtsvorstehern Unrecht, wenn man annimmt, sie seien bei Besetzung dieser Stellen nicht gerecht; sie würden sich ja selbst das Leben erschweren, wenn sie die gehobenen Stellen mit ungeeigneten Personen besetzten. Die Geldbriefträger bekommen diese Stellenzulagen nur, wenn sie besonders große Summen auszuzahlen haben. Diese Zulage haftet an der Stelle, nicht an der Person. Ich billige es nicht, wenn die Glückwunschkarten zurückgehalten werden, um erst am Festtag bestellt zu werden. Ich meine überhaupt, daß die Drucksachen nicht Sonntags bestellt zu werden brauchen. (Sehr richtig!) Nach dieser Richtung werden Verfügungen getroffen werden. Wenn den Beamten in Sarbrücken das Petitionsrecht verkümmert ist, so mißbilligte ich das durchaus.

Direktor im Reichspostamt **Wittko**

gibt Auskunft über die Anrechnung der Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter und erklärt sodann, daß sämtliche Postbeamte Regenmäntel erhalten sollten.

Abg. **v. Gersdorff** (kons.):

Fürst Radziwill hat seine Beschwerden gestern in sehr milder Form vorgebracht; er wandte sich besonders gegen die Ostmarkenzulage. Ich meine, es darf bei Gewährung dieser Zulage nicht nach politischen Rücksichten verfahren werden, sondern rein sachlich. Fürst Radziwill beschwerte sich weiter über die Uebersetzungsbureaus. Ich bin der Ansicht, daß, wo die Ortsnamen verpolonisiert sind, einfach Zurückweisung der Briefe erfolgen muß. Ich bin eigentlich ein Gegner der Uebersetzungsstellen, weil ich meine, daß dadurch die polnischen Adressen legalisiert und sanktioniert werden. Zur Zeit sind sie aber die zweckmäßigste Einrichtung, die wir treffen können.

Abg. Prinz **Schönaich-Carolath** (natl.):

Bei einer Debatte über den Postetat, die sich vielfach in negativem Sinne kund tut, darf auch ein Wort der Anerkennung nicht fehlen. Nirgends in der Welt sind die postalischen Einrichtungen so gut, so ausgezeichnet wie in Deutschland. (Sehr richtig! und Beifall.) Diese Auffassung wird nur befestigt und vermehrt, je mehr und öfter man sich im Auslande befindet und Gelegenheit hat, die außerordentlich umfänglichen Einrichtungen des Auslandes kennen zu lernen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn man sich zum Beispiel die außerordentlich großen Annehmlichkeiten an der Riviera ansieht und dagegen hält die postalischen Einrichtungen im kleinsten deutschen Orte, so muß man anerkennen, daß unser Postverkehr sehr hoch steht. Wir müssen immer und immer wiederholen, daß es nirgends so gut aussieht wie in Deutschland. (Erneuter Beifall.) Das schließt nicht aus, daß bei uns die bessernde Hand angelegt werden kann und muß: Stillstand ist Rückgang! Ich möchte den Staatssekretär bitten, der Stellung der Frau im postalischen Dienste und der Anstellung der Frau seine Aufmerksamkeit, sein Interesse und sein Wohlwollen zu erhalten. Entgegen anderen Ausführungen möchte ich den Herrn Staatssekretär bitten, auf diesem Wege fortzuschreiten. Er wird den Dank weiter Kreise finden. Dann möchte ich zum Schlusse meiner kurzen Ausführungen dem Herrn Staatssekretär noch eine Bitte unterbreiten, dieses und jenes bleibt ja immer noch zu wünschen, und es gibt auch noch Landesteile, die diesen und jenen berechtigten Wunsch haben. Ich will für unseren Spreewald eintreten. Der Spreewald wird je länger je mehr von Ausflüglern besucht, es hat sich ein sehr lebhafter Fremdenverkehr entwickelt, aber der postalische Verkehr hat nicht gleichen Schritt gehalten. Vor allem möchte ich die Erweiterung des telephonischen Verkehrs anregen. Beispielsweise möchte ich auf einen Ort im Kreise Lübben, Regierungsbezirk Frankfurt a. O., aufmerksam machen, Alt-Zauche mit Namen, der 550 Einwohner hat; die nächste Telephon- und Telegraphenstation ist über eine Stunde entfernt; das ist für die Einheimischen wie für die zahlreichen Fremden, die im Sommer dorthin gehen, sehr unangenehm und unbequem. Bei dem großen Wohlwollen, das der Staatssekretär allen Bitten entgegenbringt, darf ich hoffen, daß er auch meine Bitte freundlich aufnimmt. (Beifall.)

Abg. **Stöcker** (christl.-soz.):

Nach den Verhandlungen in diesem Hause über den Postetat sind mir aus den christlichen Beamtenkreisen Schreiben zugegangen, in denen es heißt: „Die Ausdehnung der Beamtenorganisation über das ganze Reich ist zur Stärkung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung außerordentlich wichtig. Ich stimme diesen Zuschriften zu. Dadurch können die Beamten zu einer Schutztruppe gegen die Sozialdemokratie werden. Auf dem Frankfurter Arbeiterkongreß waren bayerische und württembergische Postunterbeamte vertreten, warum mußten die Beamten aus der Reichspostverwaltung fehlen? Sie hätten die Kraft dieser Bewegung verstärken können. Der Staatssekretär ist in den Kreisen der Unterbeamten außerordentlich beliebt, wir wissen alle, daß die Unterbeamten außerordentlich liebenswürdige und zufriedene Menschen sind. Sollten zwei solche Faktoren sich nicht leicht einigen können? Könnte der Staatssekretär diesen Beamten nicht auch Verbände über das Reich gestatten, wenn sie sich zusammenfinden, nicht zum Zweck des Rationnierens oder Störgelns, sondern um mit der Verwaltung zusammenzuarbeiten? Unsere Unterbeamten sprechen für ihre Kameraden, wenn sie sagen, sie wollten keinen Streik. Zwischen Koalitionsrecht und Organisationsrecht ist ein gewaltiger Unterschied. Das Koalitionsrecht haben die Beamten nicht, wohl aber das Organisationsrecht. Was hier im Reichstag geschieht, das müßte geschehen zwischen dem Staatssekretär und den Beamten. (Sehr gut!) Dann würden wir eine Menge von Beschwerden nicht mehr hören, sie würden in den Kreisen erledigt werden, die zusammengehören. Die Beamten würden dann nicht glauben, die Abgeordneten müßten hier alles erst erzwingen gegen ihre Behörde.

Die Beamten würden das alles selbst erzielen im Zusammengehen mit ihrer wohlwollenden Behörde. So könnten die Ausschüsse der Beamtenorganisationen gebraucht werden, um Frieden zu schaffen. Der Frankfurter Kongreß ist unsere letzte Hoffnung im Kampf gegen die Sozialdemokratie. Wann wird man in der Tat endlich den Paketverkehr während der Kirchzeit Sonntags einstellen? Ich werde nicht eher aufhören, diese Forderung zu stellen, bis das Rasseln der Gebäckwagen zur Kirchzeit aufgehört hat. Eine Menge von jüdischen Geschäftshäusern lehnt es ab, von Freitag bis Sonnabend Abend von der Postbehörde behelligt zu werden, da müssen denn die christlichen Unterbeamten Sonntags die Pakete besorgen. Das sollte endlich einmal aufhören!

Abg. **Kopsch** (fr. Vp.):

Abg. v. Gerlach hat heute Redakteure angegriffen, die sich hier im Hause nicht verteidigen können. Der Artikel der „Freisinnigen Zeitung" über die demagogische Tätigkeit des Abg. v. Gerlach war notwendig im Interesse der Postunterbeamten und der Partei, die diese Zeitung vertritt. Der Artikel trug die Ueberschrift: Herr v. Gerlach von den Postunterbeamten. Damit war gesagt, daß Herr v. Gerlach die Hauptsache und die Beamten nur die Nebensache waren. Die Postbeamten sollten den leuchtenden Stern des allerneuesten Liberalismus recht erkennen. (Hört, hört! rechts.) Die Politik dieses Herrn will wirken und werben durch die Hetze nach unten, wir wollen das tun durch Ueberzeugung nach oben. Herr v. Gerlach hat sich heute dagegen verwahrt, daß er auch nur dem Sinne nach gesagt habe: „Trauet Euren Vorgesetzter nicht! Wer aber heute seinen Worten gefolgt ist, der hat die Gewißheit erhalten, daß das der Inhalt, die Tendenz seiner Ausführungen war, was er hier in Abrede gestellt hat. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Draußen im Lande macht man nicht den Unterschied zwischen freisinniger Vereinigung, der nunmehr Herr v. Gerlach anzugehören die Ehre hat, und der freisinnigen Volkspartei. Deshalb war es notwendig, daß ein Blatt, das die Volkspartei vertritt, Herrn v. Gerlach kennzeichnete als nicht zu uns gehörig. (Lebhaftes Hört, hört! rechts), daß es ihn ebenso abschüttelte, wie Kollege Brömel im preußischen Landtage es für notwendig erachtet hat, Herrn Pfarrer Naumann und dessen Darlegungen in der „Hilfe" abgeschüttelt hat. (Hört, hört! rechts. Abg. **Gothein** ruft: Er hat Naumann nicht genannt!) Es war notwendig, daß wir diese Abschüttelung vollzogen. Herr v. Gerlach ist ja auch von seinem einstigen Fraktionskollegen Abg. Liebermann v. Sonnenberg abgeschüttelt worden. Ich gebe zu, daß diese Abschüttelung sehr massiv war. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf **Ballestrem:**

Das Wort Abschüttelung bitte ich Sie nicht immer zu gebrauchen, es ist kein schönes Wort. (Heiterkeit.)

Abg. **Kopsch** (fr. Vp.):

Diese Ablehnung (Heiterkeit) von allen Seiten ist begreiflich. Ebensowenig wie die Sozialdemokraten etwas wissen wollen von dem sozialen-liberalen Herrn v. Gerlach, wollen wir etwas wissen von dem liberalen-sozialen Herrn v. Gerlach. (Hört, hört! rechts.) Ich sage das in voller Uebereinstimmung mit allen meinen politischen Freunden (Sehr richtig! bei der freisinnigen Volkspartei. Hört, hört! rechts. Der Abg. Gerlach sitzt während dieser Ausführungen drei Bänke vor dem Redner, unbeweglich über das Stenogramm seiner Rede gebeugt. Ich stimme im übrigen mit meinen Vorrednern überein, nur dem Abg. Stöcker muß ich widersprechen. Ich wünsche nicht, daß die Beamtenorganisationen als politische Kampforganisationen benutzt werden. Nützen kann das den Beamten nicht. Gründet man heute Beamtenorganisationen gegen die Sozialdemokratie, so wird man auch morgen solche gegen das Centrum und andere politische Parteien gründen. Ich denke, die Beamtenvereine werden selbst im stande sein, Stellung zu nehmen. Die Beteiligung der früheren Beamten an den Vereinigungen ist zu wünschen, damit sie aufklärend wirken können. Daß bei diesen Organisationen zuerst Kinderkrankheiten auftreten werden, ist klar, ich bitte die Verwaltung, darin doch nicht zu nervös zu sein. (Beifall.)

Abg. **Dasbach** (Ctr.):

Das polnische Uebersetzungsbureau ist völlig überflüssig, es macht sich nur unnötige Arbeit. Ich habe hier einen Briefumschlag mit der Adresse: An den Herrn Erzbischof — diese Worte sind polnisch — Florian Stablewski, diese letzten Worte sind deutsch. Jeder siebenjährige Schuljunge hätte den Brief im bischöflichen Palais abgegeben, aber jetzt ist er erst an das Uebersetzungsbureau gegangen. Man hat ja auch schon Briefe mit deutscher und polnischer Adresse zugleich an das Bureau gehen lassen, angeblich, weil die deutsche Adresse nicht deutlich genug war. Jetzt, wo das Bureau besteht, werden absichtlich polnische Adressen geschrieben, sonst würde kein Mensch darauf denken. Warum haben wir nicht Uebersetzungsbureaus in allen Provinzen für die Briefe aus dem Ausland? — Wir verlangen die Ausdehnung der Posterleichterungen für die Soldaten auch für die Briefe und Pakete, die die Soldaten in die Heimat senden. In dem steten Zusammenhang mit der Heimat liegt ein ethisches Moment. Wir wollen, daß der Soldat seine Wäsche nach Hause schicken kann.

Staatssekretär **Krätke:**

Die Adresse von diesem Briefe aus dem Auslande sucht die Verwaltung unter Heranziehung von Konsuln u. s. w. zu entziffern. Das sind auch nur vereinzelte Briefe. Die polnischen Adressen sind meist aus Schikane geschrieben. Ein Brief ist aber ein Auftrag an eine deutsche Behörde, die keine Beamte hat, die polnisch kennen. Das polnische Volk sucht uns zu zwingen, polnisch denkende Beamte anzustellen. Warum versucht man das denn nicht beim Telephon? Weil man einfach keinen Anschluß bekäme. Die Ausdehnung der Erleichterung in der Beförderung von Soldatenbriefen und Paketen hatte große finanzielle Folgen. Die Anregung bringt ja nichts Neues, wir hatten einst diese erweiterte Erleichterung, aber es wurde so viel mißbraucht, daß wir es abschaffen mußten. Ohne Kontrolle kämen wir nicht aus. Bei einer Untersuchung hat sich zum Beispiel herausgestellt, daß ein Soldat einmal Damenhüte, Tüllhauben u. s. w. verschickt hat. (Heiterkeit.) Was soll denn der Soldat nach Hause schicken? Seine Wäsche? Das dauert doch zu lange, bis er sie wiederbekommt. Wir werden die Angelegenheit erneut prüfen, aber ich glaube auch, daß die Herren sich ihre Anregung nicht genau überlegt haben. Die Gewährung für Portofreiheit bei Soldatenbriefe allein würde einen Ausfall von 2½ Millionen Mark erwirken. Der Soldat kann auch einmal 10 Pfennig für einen Brief in die Heimat ausgeben.

Das Haus vertagt sich.

Sonnabend 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 6¼ Uhr.

BRIEFKASTEN DER REDAKTION.

X. Ein Mann darf nicht vor Eintritt der Volljährigkeit eine Ehe eingehen. Sie müßten sich also entweder für volljährig erklären lassen oder warten, bis Sie das 21. Lebensjahr vollendet haben. Solange Sie noch nicht eingezogen sind, bedürfen Sie zur Eheschließung einer Erlaubnis der Militärbehörde nicht.

X. P. Sie haben recht, Gaslühlicht ist billiger als elektrisches, und zwar ist der Unterschied groß bei gewöhnlichem Glühlicht, ziemlich bedeutend noch bei Nernst-Licht, gering bei Bogenlicht.

M. Z. Bitter war preußischer Finanzminister von Mitte 1879 bis 1882

Die bayerische Wahlreform.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

[Fortsetzung des Berichts aus der Abendausgabe.]

✱ **München**, 19. Februar.

Dann sprach Hammerschmidt (liberal). Er wies darauf hin, daß durch die Erklärung des Ministers der heutige Tag zu einem hochpolitischen geworden sei, man dürfe wohl sagen, zu einem Wendepunkt in der bayerischen Politik. Seine Freunde lasen aus der Erklärung des Ministers die vollständige Kapitulation der Staatsregierung vor dem Centrum. (Furchtbarer Lärm.) Es verlaute, daß dieser Ministerialbeschluß einstimmig gefaßt worden sei. Das sei als ein sicheres Zeichen des künftigen Kurses aufzufassen. Dem Minister des Inneren habe jedenfalls der Wunsch, sein Portefeuille zu behaupten, schwerer gewogen als das Bewußtsein, was er in dieser Lage zu tun hätte. Wo seien heute die Versicherungen vom Oktober? Bei erster Gelegenheit habe der Ministerpräsident bewiesen, daß er nicht im stande sei, dem Centrum den geringsten Widerstand entgegenzusetzen. Die Erklärung bedeute nichts anderes, als daß die ultramontane Mehrheit auf jeden Fall befestigt werden solle. Sie spreche die Bereitwilligkeit der Regierung aus, sich bedingungslos in den Dienst einer Partei zu stellen. Außerdem müsse man die Erklärung als eine Drohung und einen unerhörten Einschüchterungsversuch ansehen, der mit aller Schärfe zurückzuweisen sei. Wenn das Land an das Centrum ausgeliefert werden solle, so wollten die Liberalen wenigstens nicht dazu mitwirken. Möge das Ministerium allein die Verantwortung dafür tragen, für seine Partei sei in diesem Moment das Schicksal der Reform entschieden. Das Ministerium habe dem Liberalismus den Fehdehandschuh hingeworfen, er werde sich seiner Haut zu wehren wissen.

Der Redner geht dann auf den Entwurf ein und präzisiert kurz die Stellung der Liberalen zu dessen einzelnen Punkten. Insbesondere rechtfertigt er das Verlangen nach der absoluten Mehrheit damit, daß bei der relativen ein Abgeordneter nicht die breite Masse seiner Wähler hinter sich habe. Kleine Parteien und Gruppen würden dadurch vollständig ausgeschaltet. Er rechtfertigt den Antrag auf Strafbestimmungen wegen Wahlbeeinflussung und beruft sich dabei insbesondere auf die tief religiöse Begründung des Antrages Moy und zahlreiche katholische Stimmen, die die Teilnahme des Klerus am politischen Leben bekämpfen. Indessen wolle seine Partei ebenso die Beamten treffen und sei bereit, diese Strafbestimmungen auch auf die Arbeitgeber auszudehnen. Man lasse indessen alles fallen, um das Gesetz nicht zu gefährden. — In der Wahlkreiseinteilung müßten die Liberalen auf gewissen Zugeständnissen, die man auf das bescheidenste Maß reduziert habe, unbedingt bestehen. Wenn man jetzt den Liberalen Selbstsucht vorwerfe, so weise er auf die Stellung des Centrums gegenüber früheren Reformversuchen hin. Man habe sich dort stets dagegen gesträubt, solange nicht die Zusammensetzung des Ministeriums eine ausreichende Nachgiebigkeit desselben gegen die Centrumswünsche gesichert habe. Es sei leicht, aus der Wahlstatistik zu erweisen, daß die vorgelegte Einteilung nicht der Gerechtigkeit entspreche. Was aber eine ultramontane Mehrheit bedeute, habe diese Wahlperiode genügend gezeigt. Deshalb seien die Liberalen verpflichtet, sich gegen die verfassungsmäßigen Festlegung dieser Mehrheit zu wehren.

Wenn die Sozialdemokraten dazu helfen wollten, so sei das ihre Sache. Die liberale Partei müßte dahin streben, daß wenigstens andere Parteien im Zusammenhalt stark genug seien, dem Centrum die Wage zu halten. Der Ultramontanismus dürfe nicht die absolute Mehrheit erhalten, er sei die Bereinigung des heutigen Staatsgedankens (furchtbarer, minutenlanger Lärm rechts). Seine Partei stehe auf dem Standpunkt: Hochachtung vor dem Katholizismus; Kampf gegen den Ultramontanismus! Sie seien unter diesen Umständen nicht im Stande, der Entwurf anzunehmen, und er erwarte im Bewußtsein der Kraft des Liberalismus in Ruhe das angedrohte Volksgericht.

Nachträglich erteilt der Präsident dem Redner einen Ordnungsruf wegen der auf die Portefeuilleanhänglichkeit des Ministers des Inneren bezüglichen Aeußerung.

Zum Schluß spricht noch einmal der Ministerpräsident v. Podewils: Er sei peinlich überrascht durch die Schlußfolgerungen, die man aus der Regierungserklärung gezogen habe. Die Regierung sei lediglich dem Wunsche beider Kammern gefolgt und habe sich bemüht, streng gerecht und objektiv zu sein. Von einer Drohung könne keine Rede sein, das wäre der Regierung unwürdig. Er hoffe, daß auch die Liberalen dies bei ruhigem Nachdenken einsehen würden. Für die Regierung sei strenge Unabhängigkeit frei vom Dienste irgend einer Partei jetzt und in Zukunft die Richtschnur.

Die Weiterberatung wird dann auf morgen vertagt.

Etat für Ostasien.

(Bericht für das Berliner Tageblatt.)

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Abg. Dr. Paasche (natl.) berichtete, daß ein Major monatlich 1000 Mark an seine Frau in der Heimat aus Ostasien schicke. Abg. Müller-Fulda (Ztr.) nannte die Aufklärungen sehr mager. Wie lange seien wir verpflichtet, 1600 Mann in Tschili zu halten? Im welchem Umfange kämen denn wirklich deutsche Interessen in Frage? Warum hätten denn die Amerikaner nicht die gleiche Verpflichtung? Deutsche schienen immer dabei sein zu müssen, wenn in der Welt etwas los sei, so zu sagen eine Polizeitruppe spielen zu müssen. Der Pensionsetat schwelle bedenklich an; etwa 10 Millionen pro Jahr mache er aus. Besser wäre es gewesen, sich nicht in die ostasiatischen Dinge zu mischen. Am liebsten bewillige er garnichts. Viel weniger Truppen hätten genügt, den Aufstand niederzuschlagen. Dazu hätte es keiner 20,000 Mann bedurft. Die ganze Geschichte gefalle ihm nicht. Insbesondere müsse man die Entsendung verbrieteter Mannschaften vermeiden. Jede Sendung hin und zurück koste 1000 Mark. Die Kapitulation auf nur zwei Jahre sei eine zu kurze Spanne Zeit. Andere Staaten hätten viel längere Fristen festgesetzt. Aus ganz Ostasien werde für Deutschland kein Nutzen herausspringen. Kein Mensch glaube mehr daran. Eine Aenderung der Kapitulationsbedingungen sei absolut notwendig, um den Pensionsetat nicht so anschwellen zu lassen.

Staatssekretär Freiherr v. Richthofen führte aus, daß doch Deutschland seinen Gesandten nicht ungesühnt ermorden lassen könne. Unser Handel in Ostasien dürfe nicht ungeschützt bleiben. Deutschland sei in China nicht stärker vertreten als die übrigen interessierten Nationen. England habe dort 2725, Deutschland 1939, Frankreich 1718, Japan 1287, Italien 771 Mann einschließlich der Nichtkombattanten. Dr. Arendt (Rp.) empfahl die Schaffung einer Kolonialtruppe. Kriegsminister v. Einem bemerkte: wenn ein Major monatlich wirklich 1000 Mark nach Hause schicken könne, dann würde allerdings keine Herabsetzung der Kompetenzen erforderlich werden. Er zweifle aber an der Richtigkeit dieser Mitteilungen. Wenn etwas Wahres daran sei, so würde es sich empfehlen, den betreffenden Major zum Reichsschatzsekretär zu machen. (Große Heiterkeit.) Damit wolle er natürlich nicht sagen, daß der jetzige Reichsschatzsekretär nicht ebenso an seinem Platze sei. Kapitulationen auf längere Zeit seien wahrscheinlich nicht möglich. Die Teuerungszulage hätte herabgesetzt werden sollen, aber nach einem Bericht vom 16. Januar 1904 seien die Preise für alle Nahrungsmittel und sonstigen Bedürfnisse so hoch, daß eine Herabsetzung der Zulage unmöglich sei. Der Kurs des Dollars sei im Sinken. Die Uniformen seien ungeheuer teuer, die Kleiderstoffe desgleichen. Sportanzüge seien während der heißen Zeit absolut notwendig. Der Subskriptionspreis für das Kaisergeburtstagsfest sei auf Veranlassung der deutschen Offiziere von 20 auf 15 Dollars herabgesetzt. Die Offiziere müßten auch Unterricht in den Sprachen nehmen. Der Major, der 1000 Mark monatlich nach Hause schicke, sei ein Märchen.

Abg. Dr. Paasche (natl.) erwiderte, nach dem Briefe eines Kommandeurs schicke dessen Neffe in der Tat 1000 Mark monatlich seiner Frau. Minister v. Einem antwortete, es gehörten deutsche Offiziere der provisorischen Regierung in China an, und diese würden allerdings so besoldet, daß sie Ersparnisse machen könnten; in normalen Stellungen sei das unmöglich.

Am Dienstag wird die Beratung fortgesetzt. Außerdem soll der Rest des Militäretats beraten werden.

VEREINE • VERSAMMLUNGEN.

• Der **Deutsche Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege** hielt am Mittwoch im Kunstlerhause seine achte Hauptversammlung ab, die eine außerordentlich zahlreiche Teilnahme, insbesondere auch aus den Kreisen der Behörden fand. Der Vorsitzende Wirkliche Geheime Oberregierungsrat Dr. Thiel eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, wonach Sohnrey einige Mitteilungen aus dem Jahresberichte machte. Die Mitgliederzahl beträgt zur Zeit 955 (843 persönliche und 112 korporative). Durch den Tod verlor der Verein neun Mitglieder, darunter den bekannten Schriftsteller W. v. Polenz. Die Einnahmen des Vereins betrugen 17,822 Mark, die Ausgaben 18,360 Mark.

Den ersten Vortrag über ländliche Krankenpflege hatte Herr Jacobsen v. Pufendorf-Ifenhagen übernommen. Er beschränkte sich auf die praktischen Erfahrungen, die er als Mitbegründer und Vorsitzender des Krankenpflegevereins des Kreises Ifenhagen gemacht hat. Dieser Verein ist allmählich aus den Bedürfnissen und eigenartigen Verhältnissen des räumlich weit ausgedehnten und schwach bevölkerten Landkreises der Lüneburger Heide (noch nicht 18,000 Seelen auf 16 Quadratmeilen) hervorgegangen und hat, trotzdem ihm nur verhältnismäßig geringe Beihilfen aus öffentlichen Mitteln zu Gebote standen, in der Hauptsache aus eigener Kraft einen großen Umfang schon jetzt nach drei Jahren erreicht, indem er fast die Hälfte aller Haushaltungen des Kreises, nämlich 1600 beitragspflichtige Mitglieder, umfaßt, fast sämtliche Ortschaften mit Gerätschaften, Badewannen, Verbandsstoffen, Rollstühlen, Desinfektionsmittel, Tragbahren, chirurgischen Bettstellen u. s. w. ausgestattet hat und 7 ausgebildete Krankenpflegerinnen beschäftigt. Wenn auch das Bedürfnis für eine organisierte Krankenpflege gewiß in anderen Gegenden nicht immer gleich stark hervortritt, und wenn auch die Organisation und die Einrichtungen des genannten Vereines nicht überall ohne weiteres nachgeahmt werden können, so werden doch die bei diesem einzelnen Vereine gemachten Erfahrungen allgemeines Interesse bei den Freunden der ländlichen Wohlfahrtspflege erwecken und in manchen Punkten auf sie anregend und aufklärend wirken. Der Bericht behandelt folgende Fragen: Bedeutung und Notwendigkeit der ländlichen Krankenpflege, ihre Organisationen in Vereinen, die zur Vereinsbildung und Vereinsleitung berufenen Faktoren, die der Vereinsbildung entgegenstehenden Schwierigkeiten, die Ausbildung und Anstellung von Pflegerinnen, die Aufstellung und Verteilung Hergabe von Krankengeräthschaften, die Einrichtung von Krankenstuben.

Den zweiten angesagten Vortrag über die ländlichen Hausfleißarbeiten (Weberei) im Kreise Wittlage konnte Herr Landrat Prinz v. Schönaich-Carolath nicht halten. Aus dem eingesandten Referat sei entnommen, daß früher in dortiger Gegend eine der nordischen Kunstwebeart „Stelblad" verwandte Technik unter dem Namen „Bett auf" geübt wurde. Davon knüpfte sich die Wiederbelebung an; es wurden im Jahre 1902 zwei Webelehrerinnen von der dänischen Volkshochschule zu Askov berufen, um Unterricht im Weben von wollenen Kleiderstoffen, mehrschäftigen Drellgeweben und in der schwedischen Kunstweberei in einem viermonatigen Kursus zu erteilen, an dem 30 bis 40 Frauen teilnahmen. Im Jahre 1903 fand ein zweiter Kursus, den diesmal zwei fähige Schülerinnen des ersten aus dem Kreise selbst leiteten. In diesem Jahre ist der dritte Kursus im Gange, zu dem wieder eine dänische Lehrerin berufen wurde. Für den Unterricht stehen zwei neue Webestühle nach dänischem Muster und zwei alte Bauernwebestühle zur Verfügung. Die Kurse fanden die finanzielle Unterstützung des preußischen Landwirtschaftsministeriums, des landwirtschaftlichen Hauptvereins zu Osnabrück und des Kreisausschusses Wittlage. Die erfreulichen Erfolge dieser wiederbelebten segensreichen alten bäuerlichen Hausfleiß wurden bewiesen durch die schönen Arbeiten, welche in der Versammlung ausgelegt waren. Der Wittlager Ausstellung waren einige durch Frau General v. Berfen zur Verfügung gestellte Arbeiten des Hausfleißvereins auf der Insel Sylt angeschlossen.

Den letzten Vortrag hielt Herr Architekt Franz Zell-München über „Volkstümliche Kunst im bayerischen Hochland", wobei in einer Reihe von Lichtbildern die schönsten Beispiele von bemalten Bauernhäusern vorgezeigt wurden. Redner gab ein reiches Bild der früheren, so charakteristischen farbenfrohen Kunst des bayerischen Gebirgsvolkes, wie sie am Hause, in seiner inneren Einrichtung sowie in der Tracht betätigt wurde. Durch Vorführung bildlicher Ausnahmen von musterhaftigen Arbeiten ländlicher Künstler bot das Referat vielfache Anregung und Ermunterung zur Wiedererweckung einer, modernen Anforderungen entsprechenden Volkskunst.

Schöne Beispiele der Volkskunst boten auch die ausgestellten Schnitzereien, welche die jungen Leute des Dorfe Kotelow in Mecklenburg-Strelitz in der Muße der Winterabende unter der Leitung des Herrn Pastors Wilhelmi angefertigt hatten. Sie zeigten daß auch im deutschen Norden sehr wohl dem häuslichen Kunstfleiß auf dem Lande eine Stätte bereitet werden kann, wenn die Anregung führende hand nicht fehle.

Der Deutsche Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege, (Berlin SW. 11, im Hause der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft) vertritt die geistige und volkstümliche Seite des ländlichen Lebens und bietet darum stets des Interessanten genug; er kann auch diesmal mit Befriedigung auf seine Veranstaltung zurückblicken.

• Ein **Preisausschreiben** von allgemeinem Interesse erläßt eine Anzahl Landwirtschaftskammern, die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft und der Vereinigten Berliner Butterkaufleute. Folgende Preise werden ausgesetzt: 1. 3000 Mark für Ermittelung eines Verfahrens zur Feststellung von Palmenfetten in der Butter. 2. 1000 Mark für Ermittelung eines Verfahrens zur Feststellung von Palmenfetten in Schweineschmalz. 3. 2000 Mark für Ermittelung eines Verfahrens zur Feststellung von Schweineschmalz in der Butter. Der Preisbewerb ist an folgende Bedingungen geknüpft: Die ermittelte Untersuchungsmethode muß in größeren chemischen Laboratorien, welche für derartige Untersuchungen zweckdienlich eingerichtet sind, in einem Tage ausgeführt werden können; sie darf einen höheren Kostenaufwand als 6 Mark für eine Untersuchung nicht erfordern und muß schon eine Vermischung von 15 Prozent mit Sicherheit nachweisen. Die Frist der Einlieferung läuft bis 1. Februar 1905. Das Amt der Jury haben neben Herrn v. Arnim, Präsidenten der Landwirtschaftskammer Brandenburg, hervorragende Chemiker angenommen. Für die Verteilung der Preise ist der Jury eine gewisse Freiheit eingeräumt.

Fonds-Telegramme.

Dresden, 19. Febr.

Sächs. 3% Rente	88,45	Elkt.-W. Kummer	—	Mainz. Schöfferh.	170,00
3½% do. Staatsa.	100,65	Germ. Schwalbe	—	Reichelbr. Culmb.	177,50
Dresd. Stadtanl. 93	100,40	Gorl. Masch. (knv.)	—	Reisewitzer Br.	183,00
Allg. dtsche. Kred.	171,00	Lauchhammer	114,00	Soc.-Br. Waldschl.	250,00
Dresd. Kreditanst.	8,40	Masch.-F. Kappel	275,50	D.-O. Bergwerksg.	—
Berliner Bank	—	Seck. Mühlenb.-A.	185,00	Sächs. Kamm.-Sp.	—
Sächsische do.	132,50	Nähm.-F. u. Eiseng.	260,00	Glasind. Siemens	—
Leipziger do.	—	Mehlich Maschin.	236,00	Porzellanf. Kahla	368,00
Dresdner Bank	143,00	Sächs. Gussst.-Fb.	147,50	D. Thonr. u. Chamf.	127,00
Dresdn. Bankver.	97,00	do. Masch.-Fab.	114,50	Sächs. Nähfadenf.	—
Dtsche. Strassenb.	150,00	do. Webst.-Fab.	196,50	A.-G. f. Cart.-Ind.	103,50
Dresd. Strassenb.	177,50	Ver. Eschebach W.	—	Heyden-Radebeul	—
Ver. E.-u. S.-Schiff.	118,50	Corona Fahrrad	159,00	Dresd. Gard.-Man.	—
Kette, Elbschiff.	76,00	Nürnb. Hercules	—	Spch. u. Spcd. Kisa	119,00
Sächs.-Böhm. Dpf.	—	Wand. Fahrr.-W.	250,00	Ver. Hanfschlauch	—
Dresd. Ranges.	185,00	Cons. Feldschlöss.	116,00	Penig Patent	161,75
Bergm. Elektr.-A.	257,00	Felsenkeller	670,50	Ver. Strohstoffab.	75,25
Chemn. Werkzg.	100,25	Hofbräuh. Vorz.-A.	120,00	Wagenbau Busch	—
Schubert u. Salzer	228,00	Kieler Brauerei	189,00	Oest. Banknoten	85,35

Porzell. Ph. Rosenthal u. Co. 204,50.

Breslau, 19. Febr. (Schlusskurse.) Schwankend.

3½% L. Pfndbr.	100,00	Donnersmarckh.	215,50	Giesel Cement	126,50
Pln. Pfbr. Em. v. 1898	88,00	Emaillw. Silesia	132,00	Schl. El. u. Gas A.	128,50
Bresl. Diskontob.	108,50	Kattow. Bergbau	209,00	do. do. do. B.	125,00
Bresl. Wechslerb.	100,50	Königs- u. Laurah.	218,00	do. L. Ind. Kramsta	130,00
Oesterr. Kreditakt.	—	Ndschl. El. u. Klb.	68,75	do. Portl. C. Grosch.	174,00
Oberschles. Bank	119,75	Oberschl. Eisenbdf.	123,50	do. Zinkh.-Aktien	—
Schl. Bankverein	142,00	do. Eisenind.	98,00	Silesia, V. chem. F.	164,00
Bresl. Oelfabrik	70,00	do. Kokswke	126,00	Obschl. Koks 4% O.	99,50
Bresl. Spritfabrik	246,50	do. Portl.-C.	138,50		
Cellulosef. Feldm.	128,50	Oppelner Cement	134,25		

Kleinburger Terraingesellschaft 1530.

Leipzig, 19. Febr. (Schlusskurse.)

Oest. Banknoten	85,35	Sächs. Bankaktien	132,50	Leipz. Bierbrauer.	
3% sächs. Rente	88,55	Sächs. Bod.-Credit	141,50	(Riebeck u. Co.)	215,00
3½% do. Anleihe	101,05	Casseler Jute-Sp.	180,00	Zuckerf. Glauzig	110,00
Böhm. Nordb.-A.	129,00	Deutsche Spitz.	243,00	Zuckerr. Halle	157,75 G
Buschtiehr. Lit. A.	230,50	Leipz. Baumw.-A.	187,00	Thüring. Gas	266,00
do. do. Lit. B.	248,00	Leipz. Kammgarn	152,00	Mansfelder Kupe.	765,B.
Leipziger Kredit.	171,50	Kammgarn Stöhr	147,50	Zeitzer Paraffin	144,50
Kredit- u. Sparb.	96,70	Titt. u. Kr., Wollg.	110,00	„Kette"	77,00
Leipz. Hypothekb.	140,00	Wernhaus. Kamm.	113,20	Leipz. Strassenb.	156,20
Polyphon Musikw.	—	Altenb. A.-Brauer.	200,00	L. Elek. Strassenb.	81,20
Leipziger Elektrizitätswerke 125,50. Fr. Schulz				ir. A.-G. Leipzig	215,00

Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 197,25, Diskonto-Kommandit 182,00. Deutsche Bank —.

Frankfurt a. M., 19 Febr., 2 Uhr 30 Min. Nachm. (Schlusskurse.)

Tendenz: Matt.

London. Wechsel	20,485	4% ung. Kronenr.	95,80	Boch. Gussstahl	180,10
Pariser Wechsel	81,283	5% Mexikaner	100,10	Gelsenkirchen	197,50
Wiener Wechsel	85,225	Oest. 1860er Lose	150,80	Harpener Bergw.	187,00
3% Reichsanleihe	89,30	Reichsbank	152,20	Hibernia	186,60
3% Hessen v. 96	88,00	Berl. Handelsges.	147,60	Westeregeln	219,50
Italiener	—	Darmstädt. Bank	133,20	Laurahütte	217,00
do. 4% Gold-R.	100,40	Deutsche Bank	211,20	Lübeck-Büch. E.	—
do. Silberrente	99,10	D. Genossensch.-B.	98,50	Staatsbahn	133,50
do. 4½% Pap.-R.	99,10	Disk.-Kommandit	181,10	Lombarden	14,20
3% portug. Anl.	57,10	Dresdner Bank	143,00	Raab-Oedenburg	—
5% amort. Rumän.	97,50	Mitteld. Kred. Akt.	114,00	Gotthardbahn	187,40
Neue Rumänen	97,00	Nationalbank f. D.	115,80	Mittelmeerbahn	—
4% Russ. Consols	90,80	Oest.-ung. Bank	115,50	4% Wladik.-Prior.	90,00
4% Russen 1894	—	Oest. Kred.-Akt.	196,40	Privatdiskont	3 5/16
4% serb. Rente	68,70	Adler Fahrrad	231,00	Bresl. Diskontob.	108,90
4% Spanier	81,20	Allg. Elektrizität.	205,00	Anatolier	—
Konv. Türken	—	Schuckert	96,50	Neue Russen	90,50
Neue Türken	—	Höchster Farbw.	355,20	Lahmeyer-Aktien	86,50

Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 197,25, Diskonto-Kommandit 182,00. Deutsche Bank —.

Frankfurt a. M., 19 Febr., 3 Uhr Nachm. Kreditaktien 197, Diskonto 181,50. Berliner Handelsgesellschaft 147,40, Hibernia 147,00.

Petersburg, 19. Febr., 1 Uhr 50 Min. Nachm.

Wchs. Lond. 3 M.	94,15	3½% Gold-Anl. 94	—	Petersbg. Privat-Handbk., L. Ant.	—
do. Amsterdam	—	5% Prämien-Anl. 64	352	Russisch. Bank für auswär. Handel	293
do. Berlin	46,00	5% do. do. 66	303½	Warsch. Komm.-B.	—
Checks a. Berlin	46,30	4% Pfandbriefe d. Adels-Agrarbk.	92½	Russ.-Chin. Bank	202
Wchs. a. Paris 3 M.	37,45	3% n/o% Bod.-Pfdbr.	90½	Neue russ. Anleihe	—
Privatdiskont	7/8	Asow-Don-C.-Bk.	—	Hartmann	—
Russ. 4% Staatsr.	93	Petersbg. Disk.-B.	347		
do. kons. E.-A. 80	—	do. Int. Bk. I. E.	349		
do. do. 89-90	139				

Waren-Telegramme.

Bremen, 19. Februar. Schmalz. Sehr fest. Loco Tubs und Firkins 38,50. Doppeleimer 39,50. — Speck. Fest.

Pest, 19. Febr. Vorm. 11 Uhr — Min. Produktenmarkt. Weizen matt, pr. April 8,74 G., 8,75 B., pr. Okt. 8,43 G., 8,44 Br. Roggen pr. April 6,90 Gd., 6,92 B., pr. Okt. 6,85 Gd., 6,90 Br. Hafer pr. April 5,55 G., 5,76 B., pr. Okt. 5,80 Gd., 5,85 Br. Mais per Mai 5,43 G., 5,44 B., per Juli 5,55 G., 5,56 B. Raps per Aug. 11,45 G., 11,55 B. — Wetter: Schön.

Buenos Aires, 18. Febr. Argentinischer Wochenbericht. Der Getreidemarkt verkehrte im Laufe der vergangenen Woche bei guter Nachfrage in steter Haltung. Die Qualität der auf die Märkte gebrachten Zufuhren von Weizen ist zum grössten Teil ausgezeichnet. Aus den Distrikten sind Klagen darüber eingelaufen, dass die Witterung für die jetzige Jahreszeit zu trocken sei. Es wird ferner berichtet, dass die Eigner in der Annahme auf eine zukünftige Preissteigerung mit ihrem Angebot zurückhalten und nicht gewillt sind, zu verkaufen.

Die sichtbaren Vorräte betrugen in dieser Woche an

Weizen	95,000 Tons	gegen	90,000	in der Vorwoche.	
Mais	22,500	„	17,500		
Leinsamen	41,000	„	43,000		

	Diese Woche	Vor. Woche
Goldagio	127,27	127,27
Weizen Dp. (Pap.) 100 kg bdfr. Rosario	6,60	6,30
Mais „ „ „ „ B. Aires	4,00	3,95
Leinsam. „ „ „ „ „	7,35	7,20
Dampferfracht p. To. nach St. Vincent	19/0	21/6
„ „ „ direkt. Häfen	17/6	18/6
Ungefähr verfügbarer Schiffsraum in To.	245,000	250,000

Die wöchentlichen Verschiffungen von Argentinien (inkl. Uruguay) betrugen: (Tausende)

Nach:	Diese Woche Weizen	Mais	Leinsamen	Vorige Woche Weizen	Mais	Leinsamen
Grossbritannien	266	39	112	191	19	56
Kontinent	29	37	79	104	30	98
Australien	—	—	—	—	—	—
Zusammen:	365	76	191	295	49	154
Gleiche Zeit Vorjahr	222	9	80	244	15	130

Familien-Nachrichten (aus anderen Zeitungen)

Geburten.

Ein **Sohn**: Hrn. Rittmeister Fritz v. Stumm (Berlin). Hrn. Friedrich Höchstenbach (Köln). Hrn. Oberpostpraktikant Alfred Karli (Aachen). — Eine **Tochter**: Hrn. Dr. med. Breul (Hannover).

Verlobungen.

Frl. Ida Weismann mit Hrn. Leopold Feuchtwanger (Eigenhausen — Schwabab). Frl. Hanna Giese mit Hrn. Gerichtsassessor Dr. jur. Karl Ludwig Wunderlich (Schwerin). Frl. Frida Schmidt mit Hrn. Kaufmann Viktor Schubert (Breslau). Frl. Gertrud Vogel mit Hrn. Fritz Händel (Klotzsche-Krimmitschau).

Verehelichungen.

Hr. Kornet Grzimek mit Frl. Lotte Striboll (Breslau). Hr. Marinezahlmeister Schlör mit Frl. Ella Bauer (Wilhelmshaven). Hr. Leutnant und Adjutant Detlev v. Buchwaldt mit Frl. Else v. Sack (Berlin). Hr. Max Blum mit Frl. Gretchen Hoffmann (Hannover).

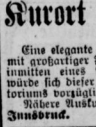
Sterbefälle.

Hr. Rentner Michael Baumann (Köln). Hr. Eisenbahnsekretär Anton Steven (Köln). Hr. Rentier Gustav Doberst (Breslau). Hr. Fritz Bornemann (Bad Nehburg). Hr. Karl Gottlieb Eberlein (Leipzig).

Hotel „Der Reichshof"

Berlin, Wilhelmstr. 70a, neben der englischen Botschaft, dicht an „Unter den Linden" im Mittelpunkt sämmtl. Bahnhöfe. Mit jedem modernen Comfort behaglichst ausgestattet. Vornehme, ruhige Lage. Hinterfront nach den Königl. Gärten. Täglich während der Diner- und Souperzeit: Concert.

München, Hôtel National Simmon, via-à-vis C.-Bahnhof (Nordbau). — Vollständig renovirt! Contrahcizung. Bes.: Geschw. Crüsser.



Mme. Du Barry, die berühmte Schönheit, deren Eleganz historisch geworden ist, verdankte ihre Erfolge den allereinfachsten Toiletten-Künsten. Hätte sie die **Crème Simon,** den **Puder** und die **Seife** dieser Firma gekannt, so würde ihre auffallende Schönheit von noch längerer Dauer gewesen sein. **J. Simon,** 59 Faubourg Saint-Martin, Paris.

Kurort Igls bei Innsbruck (Tirol)

960 Meter Seehöhe.

Eine elegante Herrschaftsvilla in prachtvoller Lage, direct am Walde mit großartiger Fernsicht ist preiswürdig zu verkaufen. Die Villa liegt inmitten eines sehr großen Naturgartens mit kleiner Teichanlage, und würde sich dieser Besitz zur Errichtung einer Fremdenpension oder Sanatoriums vorzüglich eignen. Entfernung der Bahnstation 8 Minuten. Nähere Auskunft ertheilt Herr Dr. Louis Mayr, Rechtsanwalt in Innsbruck.

Verantwortlich f. d. politischen Teil: A. Mylo-Tempelhof; f. lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Wendt; für das Feuilleton: Fritz Engel; f. d. Handelsteil: J. Wiener; f. d. übrigen redaktionellen Teil: Karl Günther; f. d. Inserate: Rob. Franke. Druck u. Verlag von Rudolf Mosse, Sämtlich in Berlin.

„Nur billig"

ist jetzt die Parole. Bei Nahrungs- und Genußmitteln ist das aber falsch. Gebrannte Gerste und geröstetes Malz, die offen ausgewogen werden, sind zwar etwas billiger als der echte „Kathreiner", sie verdienen aber auch gar nicht den Namen Malzkaffee, denn nur der echte Kathreiner's Malzkaffee hat das feine Kaffee-Aroma, er macht auch als Kaffee-Zusatz den Kaffee nicht nur wohlschmeckender, sondern auch bekömmlicher.

Echt nur in Packeten mit dem Bild des Prälaten Kneipp als Schutzmarke im Handel!

BENZ Sauggasmotoren

sind die ältesten in Deutschland.

Seit 1. Januar 1901

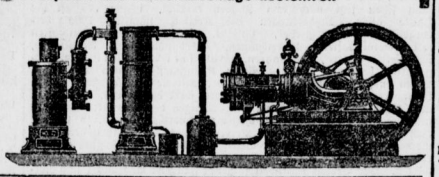
über 700 Sauggasanlagen von 4—125 PS. verkauft.

Hunderte von Anerkennungsschreiben. — Prospekte und Kostenanschläge kostenfrei.

Pferdekraft und Stunde 2/3—1 1/2 Pfennig.

Gas-, Benzin- und Spiritus-Motoren.
Motorwagen.

BENZ & Co. Rheinische Gasmotoren-Fabrik A.-G. **Mannheim.**



Messvermietung in Leipzig.

Zur Ostermesse sind noch in der Nähe des Messpalastes grosse geeignete Räume zu billigstem Preise zu vermieten. Offerten an **Ernst Keil's Nachf.,** G. m. b. H., **Leipzig,** Königstr. 33.

In bester Stadtlage Berlins zu vermieten:

Große trockene Kellereien, große Lagerräume, Comptoir-Räumlichkeiten, große Lagerplätze und Stallungen für etwa 20 Pferde,

im Ganzen oder geteilt.

Gefl. Anfragen unter **N. J. 416** an **Rudolf Mosse** in **Berlin SW. 19.**

Naumanns deutsche Typenhebel-Schreibmaschine

mit **vollkommen sichtbarer Schrift** vom ersten bis zum letzten Zeichen und mit völlig neuem **Dezimalstellen-Tabulator**

Ideal

Modell 3.

ist eine durch und durch erstklassige Maschine, deren Konstruktion die **grösste** Dauerhaftigkeit gewährleistet. — Naumanns **„Ideal"** ist bei vielen Behörden und ersten Firmen eingeführt und befinden sich bereits über 10,000 Stück im Gebrauch.

Actiengesellschaft vorm. Seidel & Naumann, Dresden.

Generalvertreter: Emil Halbarth, Königl. Hoflieferant, Berlin SW., Friedrichstr. 214.

Junger Mann, 27 Jahre, franz., deutsch, engl., holländ., wünscht Vertretung oder Lager für Belgien. Garantie kann geleistet werden.
Gefl. Offerten unter **B. H. 14,** Office de Publicité, **Brüssel.**

Wer durch Suggestion persönliche Erfolge erzielen will, fordere kostenfreie Aufklärung.
Reform, Hamburg, Neuerwall 101.

Patent-Anwalt
Dipl.-Ing. Schmatolla
Berlin 11.

Die
General-Repräsentanz und Direktion

einer Zweigniederlassung in Süddeutschland eines bed. franz. Fabrikgeschäfts (Spezialbranche) mit großen Umsätzen, ist prompt zu vergeben. Gut dotierte Vertrauensstelle. Routinierter Kaufmann mit 1a. Referenzen erforderlich; Beteiligung minim. Frcs. 50,000.— in Aktien der Gesellschaft. Kenner der chemisch-technischen Branche und Farbwaaren bevorzugt. Detaillierte Offerten unter **Y. 984 Q.** an **Hausenstein & Vogler, Frankfurt a. M.**

Vertretungen.

Gewandter Kaufmann, cautionsfähig, Mitte dreißig, seit langen Jahren in Fabriken der Eisen-Industrie (in den letzten drei Jahren als Leiter einer Specialfabrik) thätig, mit den besten Erfolgen im In- und Auslande gereist, sucht lohnende Vertretungen für Berlin, Magdeburg, Hannover, Leipzig oder andere Plätze.
Offerten erbeten unter **A. C. 484** an **Rudolf Mosse, Magdeburg.**

Großer Laden

in **Küstrin II** i. best. Geschäftslage, z. Zeit flott. Konfektionsgesch., soll Umst. halb. z. 1. Apr. verm. werd., eign. sich für jed. Gesch., ev. mehrere Räume u. Keller.
Horn, Landsbergerstr. 3.

Zur Errichtung eines Getreide-, Fourage-, Düngemittel- u. Kohlen-Geschäftes sind passende **Remisen, Boden, Keller, Lagerschuppen mit Gleisanschluß** sowie Stallung und Fourier **in Forst i. L.** sofort **zu vermieten.**
Gefl. Offerten unter **J. S. 8943** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

Laden in Dresden,

nächst der Pragerstrasse, in bevorzugter Geschäftslage, Haltestelle der Strassenbahn, 200 □M. gross, 3 Schaufenster, f. 12,000 Mk. jährlich per 1. Okt. d. J. mietfrei. Näheres auf Off. **D. E. 4701** d. **Rudolf Mosse, Dresden.**

0	0
15–17 cm	
f. Herren.	
10–12 cm	
f. Damen u. Kinder.	

Lizenzweise Ausbeutung einer umwälzenden Erfindung.

die heutigen **Reiseführer**verhältnisse

Nur einmaliges Angebot.

Es sind vom Erfinder (ohne Zwischenhändler) Lizenzen zu vergeben für die, durch D.R.-Gebrauchsmuster 215,428 und durch das angemeldete Gebrauchsmuster: „Für mehrere Gebrauchsweiten einstellbare Manschette", auf 6 Jahre geschützte Manschette.

Die Manschette, die hiernach eine Form wie obige Zeichnung erhält, d. h. die jedermann passt, tritt von jetzt ab nicht mehr als einfache Manschette auf, sondern bekommt, indem man ihre 4 Flächen von jetzt ab **bedruckt, eine nie geahnte Bedeutung!**

Sie tritt auf als: **A) Manschette als Zeitung,**
B) Manschette als Sprach- u. Reiseführer.

Infolgedessen sind an Lizenzen zu vergeben **für die Manschette als Zeitung:**

1. Eine Lizenz für eine allgemeine, hervorragende deutsche Zeitung in Manschettenform.
2. Mehrere Lizenzen für mehrere humoristische und illustrierte Blätter in Manschettenform.
3. Mehrere Lizenzen für Unterrichtsblätter **aller** Art in Manschettenform (Fernunterricht etc.)
4. Lizenzen für Lokalzeitungen jed. Stadt i. Manschettenform (auf Wunsch für gewisse Stadtalleinige Lizenz).
5. Eine Lizenz für eine allgemeine deutsche Frauenzeitung in Manschettenform.
6. Eine Lizenz für eine Unterhaltungszeitung in Manschettenform für junge Damen und Mädchen.
7. Lizenzen für Kinderzeitungen in Manschettenform.

7a. Sonstige gewünschte Lizenzen, die in obige Gebiete nicht fallen.

Für Manschette als Sprach- oder Reiseführer.

8. Eine Lizenz für Reiseführer (wo erforderl., **mit** Sprachführer), für jedes Land, einschl. Deutschland, auch für vielbesuchte Gegenden (Harz etc.), Badeorte; ausschl. Städte über 5000 Einw.
9. Lizenzen f. Führer i. Manschettenform jed. Stadt (wo erforderl., **mit** Sprachführer), v. 5000 b. 100000 Einw.
10. Lizenzen für Führer in Manschettenform, desgl., über 100,000 Einw.
11. Lizenzen für Führer in Manschettenform durch öffentliche und private **Ausstellungen, Museen, Waarenhäuser.**
12. Sonstige gewünschte Lizenzen, die in obige Gebiete nicht fallen.

Vorteil der Manschette als Zeitung:

Beispiel: Der Mann erhält morgens durch Post oder Träger seine **Zeitungsmanschette,** in eleganter Ausführung, zieht sie an und liest seine **Manschettenzeitung,** wann er Zeit hat oder sie konsultieren muss. — Reklamen etc. auf Beilagen!

Beispiel: Der Lernende erhält durch Post oder Träger seine Manschette in feiner Ausführung, mit Pensum für 1, 2, 3 etc. Tage (je nach Erscheinungsweise der Manschetten), und lernt oder konsultiert, wann er Zeit resp. Gelegenheit dazu hat.

Vorteil der Manschette als Sprach- und Reiseführer:

Beispiel: Als Sprachführer ist Manschette ideal: Gebräuchlichste Redensarten (den Extrakt) druckt man 1. in der Muttersprache, 2. in betr. fremder Sprache; 3. in **Aussprachform** auf Manschette. — Mit Hilfe eines Wörterbuches macht man sich **bequem** verständlich — ohne zu lernen.

Beispiel: Als Reiseführer ist Manschette ideal: Der Reisende hat für den Fleck Erde, den er gerade besucht, **Pläne u. Beschreibungen** am Arm, nach Gebrauch wirft er sie fort oder sammelt sie, je nach Belieben.

Kapitalisten oder Fachmänner, die die eine oder andere Lizenz **kaufen, oder sich an einem Gesellschaftsunternehmen** — A.-G. oder G. m. b. H. — **beteiligen** wollen (grosses Kapital ist nicht erforderlich), werden gebeten, ihre Adressen aufzugeben.

Jede Lizenz ist durch dopp. Gebr.-Mustersch. gesch. **Nachahmungen können nicht stattfinden!!**

Man kann mehrere Manschetten zugleich, an demselben Knopfpaar, tragen!

Beim Transport: Aussenseiten einander zugekehrt.

Herstellungskosten gering, noch vermindert durch Reklamen auf **Beiblättern etc.**

Die Manschetten werden wie andere Zeitungen durch die Post befördert! — lt. Bestätigung!!

Mit Modell und eingehendsten Erklärungen betreffs **jeder** Lizenz stehe gern zu Diensten gegen Erstattung der Barauslagen für Reise. Verkauf ohne Zwischenhändler!!

Die Adresse des Erfinders ist auf Anfragen unter **R. A. 8** an die Annoncen-Expedition **Rudolf Mosse, Köln,** zu erfahren.

Für Ausbeutung im Auslande (vorkaufe ich das Recht der mir noch gesetzlich zustehenden Schutzfrist von 4 Monaten (Pariser Union) nach Einreichung in Deutschland (läuft ab: 11. 4. 04.).

Patent-Neuheiten!

Wer fabriziert praktische u. leicht verkäufliche Patentartikel? Skelettauf wäre geneigt, den Alleinverkauf für Schweden zu übernehmen. Nur nachweisbar absatzfähige Specialitäten finden Berücksichtigung. Gefl. Offerten unter „A. B. S." an Gumaelli, Annonsbyra, Malmö, Schweden, erbeten.

Ein bedeutendes **Knopf-, Posamenterie- u. Spitzenhaus,** en gros-Export, das seine Frühjahrs-Ordres effektuirt hat, **verkauft** die übrigen bedeutenden Sachen neuesten Genres ganz unter Preis gegen Kasse.
Engrosbedarf nötig.
Gefl. Off. unter **M. N. 7302** bef. **Rudolf Mosse, München.**

Bierbrauereien,

die in ihren Eigentums- oder Pachtwirtschaften echte bayerische Biere mit zum Ausschank bringen müssen, bietet eine bayerische Exportbrauerei ihre vorzüglichen Exportbiere bei äußerst billigen Ausnahmepreisen zum direkten Bezug an.
Anfragen unter **M. N. 7280** an **Rudolf Mosse, München.**

Eine **leistungsfähige süddeutsche**

Strohhutfabrik sucht

gut eingeführte

Vertreter

für **Norddeutschland, Schweden u. Norwegen** bei hoher Provision.
Offerten bef. unt. **F. K. A. 149** an **Rudolf Mosse, Frankfurt a/M.**

Vertreter,

der bei den Herren- und Knaben-Kleider-Geschäften gut eingeführt ist, für einen guten, gangbaren Artikel **gesucht.** Offerten nebst Angabe bisheriger Tätigkeit unter **M. O. 7281** an **Rudolf Mosse, München.**

Gut eingeführte **Reise-Vertreter** für
- **Conditoreien,**
- **Blumengeschäfte,**
- **Galanteriewaren-Geschäfte,**
- **Schreibmaterialien-Geschäfte**

gesucht für leicht verkäufliche, einschlägige Artikel im Preislagen von M. 1 bis M. 12 p. Dtz. Nur ganz vertrauenswürdige, routinierte Herren wollen sich unter Aufgabe erstklassiger Referenzen melden. Persönl. Aufsprache zur Leipz. Ostermesse erwünscht.
Offerten erb. unt. **D. W. 4782** an **Rudolf Mosse, Dresden.**

Vertretung.

Umsichtiger, branchekundiger Kaufmann in Pforzheim sucht Vertretung eines größeren Bijouterie-Engros-Hauses. Offerten unter **J. E. 8972** bef. **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

Gr. schöner **Laden,** vorz. Lage am Markt, lebh. Industriestadt, 1. April **z. beziehen.** Sich. Exist. f. fein. Herren-, Damen-Maaß-Gesch., fert. Garderobe, bef. Café, Spezial-Fischgeschäft rc.
G. Samek, Reichenbach i. Schles.

In allererster

Geschäftslage am Marktplatz gelegen, haben einen großen

Eckladen

(16 Schaufenster) mit breiter Galerie, sowie erste Etage

großes Lokal

zusammen oder getrennt **zu vermieten.**
Ferdinand Schaefer, Pforzheim.

Eine leistungsfähige

Sägen- u. Werkzeugfabr.

sucht für **Berlin u. Umgebung** einen

tüchtigen Vertreter,

der mit der Branche vertraut ist.
Offerten unter **J. S. 9005** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

Herren-Confection.

Kautionsfähig. Herr, der geneigt ist eine neu zu errichtende **Filiale** in größerer Provinzialstadt der Provinz Brandenburg mit lebhafter Industrie u. großer Landbundschaft p. 1. April d. J. zu übernehmen, wolle seine Adr. an D. Grp. d. Ztg., SW., u. **J. L. 3040** einsenden.

Ein Herr wünscht in **Nordhausen a. H.** für sofort oder später eine Filiale (Nahrungsmittelbranche)

zu übernehmen.

Offerten unter **A. D. 485** an **Rudolf Mosse, Magdeburg.**

Wünsche von und an Damen

bekr. Erwerb., Kauf, Verk., Beteiligg., Darlehn, Stell., Unterr., Pens., geiſt. Unterg., Briefwechs., Heirat, Adoption rc. rc. erfüllt die neue Zeitung unter gleich. Titel. Probenummer franco gegen Zehnpfennigmarke von **Emil Pliger Nachf., Berlin W. 8, Leipzigerstr. 91.**

Kaufe Vertretungen

gegen höchste Abfindung in baar

von Sammet- und Seidenwaarenfabriken, Confectionsstoffen, Putzartikeln, Spitzen für Berliner Engros-Geschäfte.
Offert. unt. **J. H. 6787** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

Cocos-Läufer

Haltbarster Treppenbelag, div. Breiten. **Muster franco.**
Teppich-Haus Emil Lefèvre Berlin Oranienstr. 158, S.
Vorzugspreise bei 40-50 Meter-Stücken.

Die Selbsthilfe.

Einzig in seiner Art existierendes **hygien. Werk;** es bietet Belehrung bei Störungen der **Nerven** u. **Unterleibsorgane** sowie der Folgeübeln, als: Gemüthsunruhe, wüstes Träumen, Schlaflosigkeit, Rückenverfallen — Nützlich für Erwachsene beiderlei Geschlechtes. — Mit zahlreichen Abbildungen. — Preis per Post nur Kuvert 2 Mark in Briefmarken.
Verlagshandlung H. Schultze Wien, Martinsstrasse Nr. 71.

Damen, welche d. **Hilfe** ein. str. diskr. Hebamme bed., wend. s. i. all. Fäll. an **E. Sack,** Friedenau, Beckerstr. 6. Aufn. jederzeit. Diskr. Pens. Nichtmeld.

Frauenleiden, gewissenhafte Hilfe, Fr. **Schulz,** Linienstr. 49 (Schönh. Tor).

Diskr. Aufn. Geb. Wallis, Brunnenst. 55.

Damen finden im ärztlichen Hause diskrete Aufnahme zur Entbindung. Näh. **H. A. T. 9** Postamt 48, **Berlin.**

Damen bess. Std. diskr. Auf., Bäder. Heb. **Brüpp,** Berlin, Alte Jakobstr. 19.